

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

45 (23.2.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzungen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Resten-Millimeter-
zeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhalten des
Nachdruckes, bei gerichtslicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt. Anzeigen-
er: „Volkstreu“ - Karlsruhe L. D. - Schloß der Universität - 12. März - vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,50 Mark, jährlich 13,50 Mark. Durch die Post 2,30 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. Ge-
schickt einmal wöchentlich vormittags 11 Uhr. Postfach 2650 Karlsruhe. Geschäftsstelle
und Redaktion: Karlsruhe L. D., Wollstraße 28. Fernruf 7020/7021. Telephon: 7111
Deutsch. Fernschreib. D. - Baden, Jagdhausstr. 12. Kabelf. Reichstr. 2. Offenburg, Jagdstr. 9

Nummer 45

Karlsruhe, Dienstag, den 23. Februar 1932

52. Jahrgang

Rüstwoche der Eisernen Front

Wir greifen an!

Diese ganze Woche muß in der gründlichsten Weise und systematisch dazu ausgenutzt werden, für die Eisernen Front zu werben, die Listen genau fertigzustellen und der Eisernen Front in jedem Orte die organisatorische Festigkeit zu geben, die erforderlich ist, um die Eisernen Front so kampfbereit zu machen, daß sie keinerlei Ueberrassungen zu befürchten hat. In diesen paar Tagen müssen einmal alle Funktionäre der Arbeiterbewegung, der Werksarbeit für die Eisernen Front die denkbar größte Aufmerksamkeit widmen.

Die Faschisten werden in den nächsten Wochen ebenfalls eine kolossale Werbetätigkeit entfalten, schon wegen der außerordentlich großen Entscheidung, die am 13. März zur Reichspräsidentenwahl in Deutschland gefällt werden muß. Dem deutschen Faschismus stehen Millionen aus den Geldschränken der Schwerindustrie zur Verfügung, also aus den Geldschränken der brutalsten und reaktionärsten Unternehmer, die es in Deutschland gibt. Zu den Schwerindustriellen finden sich noch als Geldgeber Bank- und Börsenjobber, Barone des Handels sowie auch ein Teil des Adels und der ehemaligen fürstlichen Geschlechter.

Die Eisernen Front ist auf sich selbst angewiesen. Sie wird gebildet aus den Angehörigen des schaffenden Volkes. Eisernen Front heißt Kampf dem Faschismus, der politischen und sozialen Reaktion, heißt Kampf dem wucherischen Großkapitalismus, heißt Kampf für Volks- und Menschenrechte.

An der Eisernen Front müssen die Wogen der faschistischen Brandung gebrochen werden. Die Eisernen Front dient der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, der Arbeit an dem Wiederaufstieg des deutschen Volkes.

Darum muß in dieser Woche jeder für die Demokratie und für den Sozialismus begeisterte Mann sich der Eisernen Front anschließen, in ihre Listen sich eintragen lassen.

Bei uns in Mittelbaden hat allein der vorgestrige Sonntag wieder typische Beispiele dafür gezeigt, daß nicht nur die Faschisten, wenn diese auch in erster Linie, sondern auch die Kommunisten, unsere Versammlungen zu terrorisieren beabsichtigen. Die Vorgänge in Flehingen und Gölshausen, in Sandweiler und Michelbach beweisen, daß die Störung, Sprengung und Terrorisierung sozialdemokratischer Versammlungen

planmäßig von der äußersten Rechten wie von der äußersten Linken vorbereitet wird und durchgeführt werden soll.

Dieser Terror muß gebrochen werden.

Wir rufen die Parteigenossen im ganzen Bezirk auf, gegen diesen Terror den denkbar härtesten Abwehrkampf vorzubereiten und durchzuführen. Wir glauben aber auch, daß das badi-

sche Innenministerium die Vorgänge einer besonderen Beachtung unterzieht und, falls durch weitere Terrorversuche es zu schweren Auseinandersetzungen kommen sollte, mit den geeigneten erziehenden und möglichen Maßnahmen eingreift. Das badi-

sche Innenministerium hat unstrittig in der letzten Zeit im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung seine Schuldigkeit getan, und wir bekennen auch gerne, daß die Polizei- und Gendarmeriebeamten sich ihrer wirklich nicht leichten Arbeit durchweg pflichtgetreu und auch mit dem erforderlichen Takt unterzogen haben.

Die Faschisten wollen die Reichspräsidentenwahl zu einer Machtprobe gestalten mit dem Ziel, den Sieg des Faschismus zu erreichen. Das wird und das darf nicht geschehen, wenn in allen Orten die Erkenntnis vorhanden ist, daß Deutschland nicht in der Katastrophe eines faschistischen Regiments zugrunde gehen soll.

Besonders die Jugend ist verpflichtet, sich in die Reihen der Eisernen Front einzugliedern und in vorderster Reihe zu kämpfen. Die Mitglieder der Freien Gewerkschaften müssen sich in den Hammergruppen zusammenfinden. Die Arbeiter-

sporler in der ihnen zugewiesenen Art. **Vormärts! Wir greifen an!** Jetzt wird nicht mehr in der Defensive gekämpft, jetzt wird organisatorisch und politisch auf der ganzen Linie zur Offensive übergegangen. Mögen alle Gewerkschaftsmitglieder beachten, was Max Barthel in seinem Lied der Hammergruppen sagt:

Mit dem Hammer läßt sich schmieden, aus dem Hammer springt Gestalt, Hammerschlag ist Krieg und Frieden, ist Erlösung und Gewalt. Schlagt den Hammer auf den Jammer, daß sich ändere diese Zeit: Seid bereit, seid bereit!

Mit dem Hammer bleibt verbunden, aus dem Hammer blüht die Kraft, kämpfend haben wir gefunden unserer Freiheit Bruderschaft! Schlagt den Hammer!

Hammerschläge braucht man viele, daß ein Werk vollendet sei, hämmert euch den Weg zum Ziele, Hammerschlagen, macht euch frei! Schlagt den Hammer!

Eisern
die Front!
Eisern die Hand!
Republikanisch
das ganze Land!

sche Innenministerium die Vorgänge einer besonderen Beachtung unterzieht und, falls durch weitere Terrorversuche es zu schweren Auseinandersetzungen kommen sollte, mit den geeigneten erziehenden und möglichen Maßnahmen eingreift. Das badi-

Der heutige Reichstagszusammentritt

Berlin, 22. Febr. (Eig. Draht.) Der Aelterntag des Reichstags beschloß am Montag, daß mit der Beratung der Vorlage über den Termin der Präsidentenwahl in der am Dienstag beginnenden Beratung des Reichstags die Mittrauensanträge, sowie die Anträge auf Auflösung des Reichstags verbunden werden sollen, desgleichen die von den Parteien gestellten Anträge. Die Redezeit wurde für jede Fraktion auf eine Gesamtdauer von drei Stunden festgelegt. Staatssekretär Winter äußerte für die Reichsregierung den Wunsch, daß sich der Reichstag jetzt auf die Festlegung des Termins der Reichspräsidentenwahl beschränken möge.

Ein neuer Termin für den Zusammentritt des Reichstags könne für die Zeit nach der Erledigung der Reichspräsidentenwahl in Aussicht genommen werden. Ein entsprechender Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt.

Es ist damit zu rechnen, daß die Bestimmungen am Freitag, den 26. Februar, erfolgen werden und sich der Reichstag dann bis auf weiteres vertagt.

Beratung des sozialdemokratischen Parciausschusses

Berlin, 22. Febr. (Eig. Draht.) Der Parciausschuß der Sozialdemokratischen Partei nahm am Montag ein längeres Referat des Parteivorstehenden Otto Weis über die gegenwärtige politische Lage im Hinblick auf die Reichspräsidentenwahl entgegen. Der Parciausschuß wiederholte einstimmig die dem Parteivorstehenden bereits erteilte Vollmacht, die endgültige Entscheidung zur Reichspräsidentenwahl zu geben und Zeit von sich aus zu treffen.

Düsterberg gegen Hitler

Gegenkandidaten im Lager der „nationalen Opposition“ Berlin, 22. Febr. (Eig. Draht.) Die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm haben beschlossen, den zweiten Bundesführer des Stahlhelms Düster-

berg, als Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl aufzustellen, falls die NSDAP Adolf Hitler als ihren Präsidentschaftskandidaten ausruft. Dieser Beschluß zeigt, daß die Verhandlungen der Harzburger untereinander über eine Einheitskandidatur der „nationalen Opposition“ endgültig gescheitert sind.

In der Hugenbergschrift „Das freie Deutschland“ konnte man noch vor kurzem lesen:

„Die Frage, welche Partei in der nationalen Opposition den Kandidaten für eine Präsidentschaft und ihre Behörden bestimmen soll, ist nahezu müßig. Selbstverständlich die bei weitem stärkste Partei. Dabei muß es ebenso natürlich sein, daß weitgehend eine feste Absprache über ein klar umrissenes Mindestprogramm getroffen wird, das nach dem Sieg in Angriff zu nehmen ist, auch darüber, von wem es durchgeführt werden soll.“

Man sieht hier, daß nicht nur über die Personalfrage wochenlang innerhalb der Harzburger Front verhandelt worden ist, sondern auch über die Frage, was nach dem Sieg eines Harzburger Kandidaten zu geschehen habe. Die Verhältnisse haben sich in dreiwöchigen Verhandlungen über die Verteilung des Stimmens, den sie noch nicht erlegt haben, auseinandergelöst. So geht durch wesenlose Träume die beste Freundschaft aus dem Leim! Sie konnten sich weder über die sachlichen Fragen eines künftigen faschistischen Regimes noch über die personellen Fragen einigen. Sie wollten nicht nur einen Präsidentschaftskandidaten aufstellen, sondern sie haben zugleich auch noch einen Kanzler- und Ministerposten verteilen wollen, dabei sind sie sich gründlich in die Haare geraten.

Hitler selbst gibt nach der Präsidentschaftskandidatur. Hugenberg wieder will sich von Hitler nicht an die Wand drücken lassen. Der Stahlhelm schließlich kann nach den letzten Vorgängen nicht ohne weiteres fassen, wenn er nicht vollständig Konturs annehmen will. Und so haben die Herrschaften drei Wochen lang gehandelt, ohne daß dabei etwas herausgekommen ist. Sie konnten sich nicht einmal auf einen gemeinsamen Durchfallkandidaten einigen und so muß nun Herr Düsterberg die Rolle des lehrtragenden Durchfallkandidaten für Deutschnationale und Stahlhelm gemeinsam spielen. Er ist in gewissem Sinne nicht nur ein Gegenkandidat gegen Hugenberg, sondern auch ein Gegenkandidat gegen Hitler. Eine Kompensierung der geheimen Eigenschaften der Harzburger untereinander.

Warum aber Düsterberg und nicht Hugenberg selber? Hugenberg ist zu schlau, als daß er sich selber exponiert hätte. Der Kandidat, den Deutschnationale und Stahlhelm gemeinsam aufstellen, ist zu ganz kläglichem Durchfall bestimmt. Bei der letzten Reichstagswahl mußten die Deutschnationalen — und das bedeutet Deutschnationale und Stahlhelm zusammen! — noch nicht 2,5 Millionen Stimmen. Die Kandidatur Düsterbergs ist also die schwächste Zahlenkandidatur, die es gibt.

In einer letzten Drohung im Kampf um einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der Harzburger Front verlangen — wie aus München gemeldet wird — die Nazis unter Führung von Rosenbergs und Strasser am Montag öffentlich die absolute Unterordnung Hugenbergs und des Stahlhelms unter den Willen des Saltenkreuzlers. Deutschnationale und Stahlhelmer müssen es fertig bringen, auch den Kandidaten der Nationalsozialisten, der nur der eigenen Partei entnommen sein dürfte und bereits nach dem obersten Führerprinzip bestimmt sei, als den ihren anzuerkennen. Andernfalls müßten sie wegen ihrer unversöhnlichen Vermessenheit als Geaner entsprechend behandelt werden.

Als Entgelt für den Verzicht auf eine eigene Kandidatur wird ihnen eine weitere Aufrechterhaltung ihrer sonstigen Unabhängigkeit versprochen. In einer scharfen Polemik weist Rosenbergs-München die Auffassung von Goebbels zurück, daß der erste Wahlgang nicht wichtig sei. Es sei im Gegenteil notwendig, mit hundert Prozent Einigkeit der härtesten Energie den Kiesenkampf schon im ersten Wahlgang zu entscheiden.

Herr Goebbels hat sich, wie am Montag abend noch bekannt wird, bemüht, zwischenzeitlich schnell „vollzogene Tatsachen“ zu schaffen, indem er in der Generalmitgliederversammlung des Gaues Berlin der NSDAP erklärte: „Ich bin in der glücklichen Lage, mitzuteilen, daß Adolf Hitler als Kandidat der Nationalsozialistischen Partei aufgestellt wird.“

Nun ist die Frage, wie sich Hitler selbst zu dieser Prestige — auf diese Weise will Goebbels wohl seinen „großen Rivalen“ abseits plazieren — stellt. Wir hätten also zwei Kandidaten der „nationalen Opposition“: Düsterberg und Hitler. Das Spiel kann also losgehen.

Für die Sozialdemokratie heißt es: **Nun erst recht Verhinderung einer faschistischen Präsidentschaft!**

Bankensanierung

Eine große Aktion der öffentlichen Hand

Der Reichspräsident erließ eine Verordnung, die die Reichsregierung ermächtigt, zur Sanierung von Bankunternehmungen die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Zur Rekonstruktion der deutschen Großbanken sprach gestern abend im Rundfunk Reichsminister der Finanzen, Dietrich, Er legte dar, daß jede Bank zum Erliegen kommen muß, wenn ihr ein großer Teil der Einlagen, die sie ja wieder ausleihe, weggenommen wird. Die Frage der grundsätzlichen Rekonstruktion der Banken sei die Schlüsselfrage der deutschen Wirtschaft. Diese Rekonstruktion und rücksichtslose Sanierung sei jetzt vorgenommen, die Schäden seien beseitigt und gründliche Arbeit geleistet worden. Was verloren ist, ist abgeschrieben, und für das, was noch gefährdet ist, sind Reserven und Sicherheiten geschaffen. Die Liquidität ist wieder hergestellt und durch Reichsbank und die Akzept- und Garantiebanks gewährleistet. Durch das Stillhalteabkommen sind Gefahren vom Auslande her behoben. Alle Vorkehrungen sind getroffen, um den Banken neues Leben zu schenken und sie als Instrument der deutschen Wirtschaft, ohne das es eine solche nicht geben kann, zu erhalten.

Man mag, so schreibt der SPD, zu dieser nun vorgenommenen Zwischenlösung, diese gemischt-wirtschaftlich oder staatskapitalistisch nennen. Auf jeden Fall werden wir sie nur als einen Hebel zu neuen Wirtschaftsformen anerkennen, bei denen klarer und eindeutiger die Oberhoheit des Staates als Sachwalter der Interessen der Gesamtheit gegenüber den privatkapitalistischen Interessen gesichert wird. Das Tempo der Entwicklung hängt auch hier von der politischen Machtgestaltung und der Stärkung des Einflusses der Sozialdemokratie ab.

Sämtliche deutschen Banken haben auf Grund der internationalen und nationalen Kredit- und Wirtschaftskrisis im Sommer 1931 schwer Verluste erlitten. Sicherlich gibt es Gradunterschiede, aber der öffentlichen Hilfe bei Durchführung der Sanierung können alle nicht entzogen. Es ist zu begrüßen, daß einheitlich bei den Großbanken eine Bilanzbereinigung und Kapitalberabstimmung vorgenommen worden ist und es ist zu hoffen, daß sie weit genug geführt wird, um die Möglichkeit zu geben, im Anschluß an die Bankeneinigung auch die erforderlichen Sanierungen durch Erziehung von Eigenkapital und nötigenfalls von Schulden auf die noch unbereinigten Industriegebiete vorzunehmen. Unter diesem Gesichtspunkt kann das Fortwärtstreiben des Sanierungsprozesses der Erleichterung einer Wiederbelebung der Wirtschaft dienen.

Da die Banken als Durchgangsstellen des Kapitalstroms in erster Linie fremde Gelder verwalten, ihre Funktionsfähigkeit also auf dem Vertrauen, das sie genießen, beruht, können ihre Eigenkapitalien nicht beliebig tief herabgesetzt werden, ohne daß eine unwahrscheinliche Schrumpfung der Kredite eintritt. Deshalb muß nach der Zusammenlegung der Aktienkapitale zugleich eine gewisse Wiederauffüllung der Kapitalien und Reserven vorgenommen werden.

Bei der mangelnden Aufnahmefähigkeit des privaten deutschen Kapitalmarktes muß an diesem Punkte die Hilfe der öffentlichen Hand einsehen.

Die beiden, schon seit der Julikrise vom Reich betreuten Institute, Dresdener- und Danabank, werden insontiert. Es entsteht hier ein ganz großes, vollkommen vom Reich beherrschtes Institut, das mit allen erdenklichen Sicherungen umgeben wird.

In die Kommerz- und Privatbank wird der Bremer Bankverein übergeben. Auch das ist charakteristisch. Man zog aus mit der Parole: unter Loslösung von Berlin das regionale Bankwesen in den einzelnen Landesteilen zu fördern, und man lehrte beim mit der zentralistischen Anleiherema der größten westdeutschen Provinzialbank an ein Berliner Institut. Der Zwang zur Zentralisierung ist stärker als partikularistische Wünsche. Auch die erweiterte Kommerz- und Privatbank erhält noch der Zusammenlegung von einem Gesamtkapital von 80 Millionen Mark 45 Millionen durch die Golddiskontbank und darüber hinaus Referenzmittel in unverzinslichen Scheckanweisungen des Reiches. Also auch hier wird die Mehrheit in Zukunft bei der öffentlichen Hand liegen. Etwas anderes ist die Konstruktion bei der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft. Hier werden von 72 Millionen Mark neu auszubehender Kapitalien 22 Millionen an Privatgruppen gegeben, während die restlichen 50 Millionen, wie es heißt, „vorläufig“ auch von der Golddiskontbank übernommen werden.

Entscheidend ist, daß wenn man die unmittelbar von dem Reich in der Form von Scheckanweisungen und die mittelbar aus öffentlichen Geldern von der Golddiskontbank zur Verfügung gestellten Summen zusammenrechnet, sich ein Einbringen der öffentlichen Hand ergibt, das etwa 300 bis 400 Millionen Mark ausmachen dürfte.

Wir glauben, daß — auch wenn wir eine mehr von konstruktiven Gedanken als von augenblicklichen Verlegenheiten ausgehende Neugruppierung der Bankwirtschaft gewünscht hätten — die Hilfeleistung mit Mitteln der Gesamtheit auf diesem Gebiet unermesslich und notwendig war, um weitere Kreditstörungen und damit verbundenen Wirtschaftskrisen zu verhindern. Wir begrüßen es bei dieser Lage, daß eine entscheidende Stellung der öffentlichen Hand nicht nur zum Gläubiger, sondern auch zum Kapitalträger der Bankwirtschaft gemordet ist. Wir wissen, daß den Bankdirektoren und leider auch manchem Sachwalter der öffentlichen Hand als Ziel vorzuweilen, anstatt die geordnete Lage zum Ausgangspunkt planmäßiger öffentlicher Führung zu machen, möglichst schnell den Weg zur Reprivatisierung zu suchen.

Gerade weil wir diese Einstellung kennen, wird es unsere Aufgabe sein, dafür zu kämpfen, daß dem Schritt vorwärts, der jetzt swankläufig in der Ausgestaltung des öffentlichen Einflusses auf die Bankwirtschaft gegangen worden ist, nicht bald wieder ein Schritt zurück folgt, sondern daß der neue Stand zum Ausgangspunkt einer organischen Zusammenfassung aller öffentlichen Kräfte im Bankwesen gemacht wird mit dem Ziele der Sicherung staatlicher Herrschaft und Führung im Bankwesen und damit in der Gesamtwirtschaft.

Eiserne Front marschiert

15 000 in der Frankfurter Festhalle

Frankfurt a. M., 22. Febr. Die Eiserne Front Frankfurt a. M. veranstaltete am Sonntag nachmittag in der Festhalle eine Massenkundgebung, der mehr als 15 000 Personen beiwohnten. Nach dem Einmarsch der Eisernen Front-Formationen mit Fahnen begann die Kundgebung mit einem Gedenken der Toten des Weltkrieges.

Hierauf hielt Reichsminister a. D. Scheidemann eine Ansprache. Auf das Streben der Nationalsozialisten nach dem Posten des Reichspräsidenten — sagte der Redner u. a. — müsse man mit einem entschiedenen „Nie-mals“ antworten. Die Wahl Hitler zu verbünden, sei staatsbürgerliche Pflicht eines jeden. Um der reaktionären Politik der Nationalsozialisten ein Ende zu machen, sei die Eiserne Front geschaffen worden, hinter der das schaffende Volk stehe. Hitler zu wählen, sagte Scheidemann weiter, heiße Verhöhnung aller Arbeiterorganisationen politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Art, heiße Verhöhnung der Presse- und Redefreiheit, heiße weitere Verelendung der Arbeiterschaft. Hitler sei die Katastrophe.

Große Kampfkundgebung in Mannheim

Mannheim, 21. Febr. Eine gewaltige Kundgebung von 5000 Personen veranstaltete der Republikanische Studentenbund und das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am 19. Februar im Ribbentropstadion. Der Aufmarsch der Schüler des Reichsbanners vollzieht sich, der imposante Eindruck einer disziplinierten Truppe, die im Bewußtsein ihrer Aufgabe hinter der Idee steht. Spontan erhebt sich die Masse, beschließen an ihre Kämpfer vorüber. Die Fahnen-träger und die Gruppen nehmen oben auf dem Podium Aufstellung. Der Einmarsch der 1000 Mann Saalbesuch nimmt zehn Minuten in Anspruch.

Abg. Dr. Breitscheid

wies auf die bisher von der Republik den Gegnern gegenüber geübte Geduld hin, danke dem Reichsbanner für seine unermeßlichen Verdienste und fuhr dann fort: Die Republik war tolerant, selbst gegenüber ihren Feinden, die gegen sie konspirierten, obwohl sie von ihr bezahlt und unterhalten wurden. Pensionierte Offiziere betrachteten es als ihr Recht, den neuen Staat zu schwächen. Auch Lehrer an den Volks- und Hochschulen stimmten in diesen Chor ein. Wir müssen feststellen, die deutsche Rechtsprechung ist heute kein Schirm und Schutz für den Republikaner. (Lebhafter Zustimmung.) Wer hat diese Republik in erster Linie erhalten? Kein Zweifel, die arbeitende Bevölkerung und die Fülle der Proleten sind der beste Schutz des Staates gewesen. Aber wir haben allzuoft erleben müssen, daß der Staat seine besten Stützen am leichtesten behandelt hat. Ich spreche nicht von der Vergangenheit, sondern leider auch von der Gegenwart, von der schwächlichen, ängstlichen Zurückhaltung der deutschen Republik gegenüber ihren Feinden.

Ich muß da eine Tatsache aus der jüngsten Zeit erwähnen, den Erlass des Reichswehr- und Innenministers Dr. Gröner, worin

er das Tor der Reichswehr für die „legalen“ Nationalsozialisten öffnet (Aurule: Putsch) und dabei im gleichen Atemzug das Reichsbanner mit den Verbredern von Vorheim gleichstellt.

Ich habe kürzlich in London in einer Rede darauf hingewiesen, daß eine Hitler-Regierung in Deutschland eine ernste Bedrohung des europäischen Friedens bedeutet. Darauf wurde ich von nationalsozialistischer Seite als „Verleumder“ bezeichnet. Danach sind also die Nationalsozialisten auch für den europäischen Frieden. In Wirklichkeit wollen sie keine Verständigung mit Frankreich und schaffen durch ihre Tätigkeit jene Atmosphäre des internationalen Mißtrauens, das zum großen Teil schuld ist an unserer Wirtschaftskrise.

Bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl sehen wir die nationale Front in völliger Aneignung. Ich persönlich möchte sagen, daß ich wünsche, daß Hitler zum Reichspräsidenten kandidiert, damit wir ihn schlagen können. Er soll sich stellen.

Subertas, Prinz zu Löwenstein

als Vertreter der katholischen Studenten, erklärte, daß mit der primitiven Staatsweisheit der Hitlerleute: „Deutschland erwache — Juda verrecke!“ man höchstens einen Spott von Zufallserreignis eine Woche lang registrieren könne. Damit nicht geistige Analphabete Deutschland beherrschen, muß sich die Front der Republikaner bilden, die der hitlerianer Front ein gewaltigeres Gegenstück entgegenstellt. Für die Eiserne Front bekannte sich der Redner vom Standpunkt seiner katholischen Weltanschauung aus, die keine Brücke zum Nationalsozialismus kenne. Darum sei auch die Stunde für das Bürokratismus gekommen, für den Zusammenschluß aller republikanischen Kräfte einzutreten. Daß die Sozialdemokratische Partei vorangeschritten sei, müsse ein Ansporn sein. Es geht um die Sache aller. — Dann folgte

Kapitänleutnant a. D. Klotz

Typ des Tatmenschen, einstiges Mitglied des engheren Hitlerkreises, heute überzeugter Republikaner, einer der Enttäuschten. Er spricht vom Hitler-Betrieb. Er kennt die Leute, ihre Psychologie und seine Intenras beweisen, daß die Charakterisierung der Nationalsozialisten durch ihre Gegner eher noch zu milde als übertrieben ist. Klotz stellt die Frage, wie es möglich ist, daß ein Mann wie Hitler nicht aus Deutschland verschwindet. Er gibt aber selbst die Antwort durch eine Kennzeichnung der Schichten, die in ihm den Heros sehen. In einer etwas rauhen Terminologie berichtet der Redner dann von dem großen Ereignis im Leben des Helden, dem Putsch in München im Jahre 1923, wo das berühmte kolossale Wort fiel: „Entweder ist Deutschland morgen frei, oder wir sind tot!“ Statt dessen ist Hitler smar gefallen, aber nicht den Feldentod, sondern auf den Raub. — So bricht der Mann, der ganz nahe dabei war und sich dann voll Eitel abwandte.

Mannheim, 22. Febr. Unter dem Leitgedanken „Demokratischer Gedanke und Hochschulfaschismus“ veranstaltete der Deutsche Republikanische Studentenbund vom 19. bis 21. Februar eine Süd-deutsche Arbeitstagung in Mannheim. Den Auftakt bildete obige Kundgebung.

Hindenburg-Ausschuß

Berlin, 22. Febr. Das Kuratorium der Hindenburg-Ausschüsse ist heute abend zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Den Vorsitz des Kuratoriums hat Geheimrat Duisberg-Reverfenen übernommen. Das Kuratorium fordert zur Bildung von Landes- und Ortsausschüssen auf.

Münchens Oberbürgermeister an Hindenburg

München, 22. Febr. Münchens Oberbürgermeister Dr. Schmaag richtete ein Schreiben an den Reichspräsidenten, in dem es u. a. heißt, daß die bayerische Landeshauptstadt mit großer Freude und Begeisterung davon Kenntnis genommen habe, daß Hindenburg sich bereit erklärt habe, die Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl neuerlich zu übernehmen.

Christliche Gewerkschaften für Hindenburg

Am Montag vormittag empfing der Reichspräsident zahlreiche Führer der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung. Sie verteidigten den Reichspräsidenten der unbedingten Treue seiner in der christlich-nationalen Bewegung zusammengeschlossenen alten Mitglieder von 1923 und hoben hervor, daß seine rein vaterländischen Motive, unbekümmert um Gunst oder Ungunst einzelner Parteien, im Volke verstanden und seinen Sieg sicher herbeiführen würden.

Landvolk für Hindenburg

Berlin, 22. Febr. (Eig. Draht.) Der Reichsausschuß der Deutschen Landvolkpartei sah am Montag mittag eine Entschleunigung, in der er sich für die Wiederwahl Hindenburgs erklärte.

Hugenbergs Kleinkrieg gegen General von Horn

Hugenberg und Genossen sind zur Zeit nach den bekannten Methoden des Hugenbergs in einem kleinen Krieg gegen den Vorsitzenden des Reichsausschusses, den General v. Horn. Die Vorstehenden kleiner und kleiner Kriegerevane haben Formulare und Geld erhalten, damit sie Horn Protesttelegramme gegen seine Entscheidung für Hindenburg schicken. Die Methode ist bekannt. Sie wird auf mißliebige kleinere Leute genau lo angewandt, wie auf Reichspräsidenten und Reichsminister. Der Hugenberg macht eben Stimmung auf seine eigene Art. Die Telegrammlosen müssen bei ihm den Volkswillen erleben.

Brolat wünscht Klarheit

Ermittlungsverfahren gegen sich selbst beantragt. Direktor Brolat von der Berliner Verkehrs-Gesellschaft hat bei der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen sich beantragt. Brolat führt in Begründung seines Antrags aus, daß er es ihm selbst als Mensch wie in seiner Stellung als Direktor der VVG nicht länger ertragen könne, grundlos unter dem Verdacht irgendeiner Straftat zu stehen. Er wolle sich von diesem Vorwurf reinigen, indem er keine Anschuldigung für alle Mal gestellt werde.

Deutschland appelliert beim Haager Gerichtshof

Diplomatische Schritte bei den Signataren des Memelstatuts

Gen. Berlin, 22. Febr. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die deutsche Regierung ihre bei den Signatarstaaten des Memelstatuts akkreditierten diplomatischen Vertreter beauftragt, Schritte zu unternehmen, um mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß entsprechend den am Samstag gefassten Beschlüssen des Völkerbundesrates der Haager Gerichtshof angerufen werden soll, um die Frage der Rechtmäßigkeit der Abberufung des Landesdirektors Voettcher von der Memelregierung zu prüfen.

Angeht die Entscheidung des Völkerbundesrates im Memelstatut, die trotz der formalen Vorbehalte des litauischen Außenministers Janusz die Lage im Memelgebiet als normal proklamiert und die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Verhinderung einer Verschärfung der Lage ausgesprochen hat, muß Deutschland entschieden darauf bestehen, daß wieder geeignete Zustände im Memelgebiet herbeigeführt werden und die Signatarstaaten des Memelstatuts ihrer Pflicht entsprechen.

Schwerer Artilleriekampf um Schanghai

London, 22. Febr. (Eig. Draht.) In den Abendstunden des Montag begann die chinesische Artillerie mit 8-Zoll-Geschützen, der schwersten, die bisher von ihnen in den Kampf um Schanghai gegen die Japaner benutzt wurden, den japanischen Teil der internationalen Zone zu beschließen. Zahlreiche Zivilpersonen wurden verletzt. Das Ziel der Geschosse war das japanische Konsulat. Das chinesische Feuer wurde von den japanischen Schiffen beantwortet. Vorher haben die chinesischen Soldaten auf amerikanische Marine-Soldaten, die an der Grenze der internationalen Zone Patrouillen hielten, geschossen, sie hielten sie wegen ihrer blauen Uniform für Japaner.

In der internationalen Zone wurde die Räumung weiter vorbereitet. Es ergab allgemein die Aufforderung, Frauen und Kinder den Vortritt zu lassen, und möglichst viele Waren mitzunehmen. Die Flüchtlinge sollten in Konzentrationslagern untergebracht werden. Man hofft noch immer, daß die Räumung nicht notwendig sein wird.

In der Front nördlich von Schanghai waren die militärischen Operationen der Japaner am Montag noch wenig erfolgreicher als in den letzten Tagen. Ein Gegenstoß der Chinesen warf die Japaner bei Kiangwan zurück. Im Westen drangen jedoch die Japaner vor. Die dauernden Regenfälle erschweren das Vordringen der Japaner. Sie erwarten Verstärkungen aus Tokio.

Die Chinesen sollen sich nach Meldungen aus Nanking auf einen Krieg von einjähriger Dauer einstellen, und dementsprechend Kriegsmaterial kaufen. Die Verluste der Chinesen in den letzten Tagen werden auf 500 Tote und 1500 Verletzte geschätzt. Die Japaner hatten nach offiziellen Angaben 300 Tote, in Wirklichkeit aber dürften ihre Verluste wesentlich größer sein.

Sowjetrußlands Dankbarkeit an Trotski

Trotski und anderen die Sowjetstaatsbürgerschaft aberkannt. Moskau, 22. Febr. Das Präsidium des Zentralerekutivkomitees entsag 37 Emigranten, darunter Trotski, „wegen gegenrevolutionärer Tätigkeit“ die Sowjetstaatsbürgerschaft und verbot ihnen an die Einreise in die Sowjetunion. Die 37 leben im Auslande an besten Sowjetpässe.

Ein Todesopfer der Hamburger Unruhen vom 14. Februar

Hamburg, 22. Febr. Polizeiwachmeister Klüver, der am Abend des 14. Februar bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Polizeibeamten schwer verletzt worden war, ist heute seinen Verletzungen erlegen.

Freistaat Baden

Hajiterror auf dem Lande

Nun erst recht: Eiserne Front!

Aus Sandweiler Amt Rastatt, wird uns berichtet: Die öffentliche Versammlung der SPD, die Sonntagmorgen 3 Uhr stattfinden sollte, wurde verschoben, weil die von ganz Mittelbaden zusammengesetzten Hiltterorden das Versammlungstafel schon lange vor der angedeuteten Stunde besetzt hielten. Sie waren gekommen einmal, um dem Befehl des Gauleiters Wagner-Karlsruhe nachzukommen, der anordnete,

daß während des Versammlungserbotes für die NSDAP, die gemäßigten Versammlungen besucht und die Führung in die Hand genommen werden muß.

Des weiteren wollte man der Sandweiler Bevölkerung ein Schändchen aufführen, weil sie bis jetzt den Hiltterorden abgelehnt. Die Kunde von der Anwesenheit der Hiltterorden ging wie ein Lauffeuer durch den Ort und die Bevölkerung zog es vor, weil sie von der ungewissen Kugelgefahr nichts wissen wollte, die Versammlung zu meiden. Die Hiltterorden waren sehr ungeschicklich, als die Vertagung der Versammlung bekannt wurde. Sie erboten sich die Versammlung nicht zu hören, doch stellten sie die übliche Nachschärferei an. Auf ein Ständchen und das übliche Nachschärferei antworteten die anwesenden Republikaner mit einem „Frei Heil“ auf die Deutsche Republik.

Die Bevölkerung von Sandweiler ist gewarnt. Der Vorkang zeigt wie notwendig die Bildung der Eisernen Front ist. Die republikanischen Männer, besonders die jüngeren Generationen werden sich nun erst recht zusammenschließen, in der Eisernen Front, um in Zukunft vor solchen Hiltterorden geschützt zu sein. Sie werden sich einrichten in die machtvolle Kampffront gegen die Feinde des Staates und des Volkes, den Faschismus. Der Zeitpunkt an dem die Veranstaltung stattfindet wird noch bekanntgegeben.

Die Staatsüberbreitungen im Unterrichtsministerium

Ein Zurückgehen der Badischen Presse

Im Anschluß an die Denkschrift des Rechnungshofes über die Rechnungsergebnisse der Jahre 1928 und 1929 hatte die Badische Presse einen Artikel gebracht, der diese Feststellungen stark nach der internationalen Seite ausbaute. Daraufhin hat nun der ehemalige badische Unterrichtsminister Dr. Peers, der sich bekanntlich schon vor einiger Zeit von der Politik zurückgezogen hatte, der Badischen Presse folgende Feststellungen machen lassen:

„Der erwähnte Artikel gibt leider nur sehr unvollkommen wieder, was in der Denkschrift des Rechnungshofes über das Unterrichtsministerium gesagt wird, und was in der gleichen Landtagsdrucksache 561 das Unterrichtsministerium selbst auf 17 Seiten an Erläuterungen zu den Voranschlagsüberbreitungen ausführt. Dadurch müßte ein falsches Bild von der Sach- und Rechtslage entstehen.“

Was den Bauvertrag an einen Professor der Technischen Hochschule anlangt, so will ich mich auf die einzige Feststellung beschränken, daß der Rechnungshof selbst in seiner Denkschrift erwähnt, daß der Herr Finanzminister zunächst die Rechtsauffassung des Unterrichtsministers geteilt habe, und daß man dann sich entschlossen habe, die bisherige Fassung des Etatsgesetzes zu ändern, um für die Zukunft Zweifel auszuscheiden. Der Artikelhefter hat davon nichts gesagt.

Zu den Überbreitungen des Voranschlags gibt der Rechnungshof selbst eine Reihe von Ursachen an, ohne auch nur mit einem Wort die Gültigkeit dieser Ursachen zu bestreiten. Es ist ganz richtig, daß der Finanzminister die Voranschlagsüberbreitungen nicht genehmigen konnte; aber nicht etwa deshalb, weil budgetrechtlich diese Genehmigung nur zulässig ist, wenn andere Einnahme- oder Mehreinnahmen die entsprechenden Deckungsmittel liefern. Daraus ergibt sich nach dem Budgetrecht ohne weiteres, daß der Rechnungshof die Voranschlagsüberbreitungen dem Landtag zu unterbreiten hatte.

Der erwähnte Artikel schließt mit der Behauptung, der Rechnungshof habe sich durch den Vorlass und auch seit 1928 fast ausschließend auf die Überbreitungen der Unterrichtsverwaltung zur Kritik an der Finanzverwaltung des Unterrichtsministeriums veranlaßt gesehen. Es ist nicht erkennbar, wie der Verfasser des Artikels zu dieser merkwürdigen Behauptung kommt. Der Rechnungshof gibt in seiner Denkschrift dazu auch nicht den geringsten Anlaß.

Im Hinblick hierauf und an die letztwöchigen Feststellungen im Haushaltsrechnungsbuch des badischen Landtages, sieht sich nun die Badische Presse genötigt, folgende Erklärung abzugeben: „Unter den vielen Angelegenheiten, mit denen sich der Haushaltsrechnungsbuch des Landtages zu beschäftigen hatte, befanden sich auch zahlreiche Sparmaßnahmen der badischen Regierung. Mit Befriedigung darf festgestellt werden, daß dabei der Kritik des Rechnungshofes an bestimmten Staatsüberbreitungen viel von ihrer Schärfe genommen wurde. So haben sich die vom Rechnungshof gerügten Staatsüberbreitungen beim Kultusministerium viel harmloser erwiesen, als es nach den ersten Angaben des Rechnungshofes den Anschein hatte. Es wurde insbesondere festgestellt, daß die meisten dieser Überbreitungen zwangsläufiger Natur waren, oder sich auf eine längere Dauer verteilten, so daß den Verantwortlichen für diese Ausgaben ein berechtigter Vorwurf kaum gemacht werden kann.“

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Der scharfe Frost verschlimmert noch die Lage

Der badisch-württembergische Arbeitsmarktbericht lautet: In der ersten Hälfte des Monats Februar hat der scharfe Frost wieder ein härteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit in Südwestdeutschland herbeigeführt. Von der Zunahme an Arbeitsuchenden, die im ganzen 10 084 Personen betrug gegen 7 421 in der zweiten Januarhälfte, kam mehr als ein Drittel aus den Außenberufen der Landwirtschaft, der Industrie, der Steine und Erden und des Baugewerbes. Aber auch auf die Metallindustrie entfiel wieder ein volles Viertel des Zunahmes, ein Zeichen, daß der Konjunkturfall dieses wichtigen Teiles des südwestdeutschen Arbeitsmarktes immer noch nicht beendet ist.

Die Gesamtsahl der bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern registrierten Arbeitsuchenden belief sich am 15. Februar auf 279 013 Männer und 71 156 Frauen, das waren zusammen 350 169 Personen; auf die württ. Arbeitsamtsbezirke kamen davon 148 881 und auf die badische 201 288. Die Gesamtsahl der arbeitslosen Personen betrug 339 155, wovon 142 549 auf Württemberg und 196 606 auf Baden entfielen. Der Stand an unterrichteten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 15. Februar 1932 folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung: 125 574 Personen (98 735 Männer, 26 839 Frauen), in der Kriegsfürsorge 89 298 Personen (76 724 Männer, 12 574 Frauen). Die Gesamtsahl hier um 8 994 Personen oder um 4,4 v. H. von 205 878 Personen (168 083 Männer, 37 795 Frauen) auf 214 872 Personen (175 459 Männer, 39 413 Frauen); davon kamen auf Württemberg 84 152 gegen 89 162, auf Baden 120 720 gegen 116 716 am 31. Januar 1932.

6 127 000 Arbeitslose im Reich

Vor dem Höhepunkt dieses Winters

Nach den vorläufigen Ermittlungen der Reichsanstalt betrug die Zahl der am 15. Februar bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen 6 127 000. In der ersten Februarhälfte ist eine Zunahme um etwa 55 000 zu verzeichnen. (Im Vorjahr betrug die Zunahme in der gleichen Zeit rund 104 000.) Nach Ansicht der

Reichsanstalt nähert sich die Arbeitslosigkeit jetzt ihrem winterlichen Höhepunkt, der vermutlich Ende Februar liegen wird.

Zur Frage der Mietentung bei schweizerischen Goldhypotheken wird mitgeteilt: Nach einer untern 19. Februar 1932 für das Land Baden ergangenen Verordnung finden die Vorschriften der Mietentungsverordnung keine Anwendung auf Mietverhältnisse für Räume in Gebäuden, die mit Schweizer Goldhypotheken belastet sind (abgesehen vom 6. Dezember 1920 zwischen dem Deutschen Reich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft); bezüglich der derzeitigen Befassung weniger als 20 v. H. des Mehrheitswertes, dann gelten die Bestimmungen der Mietentungsverordnung.

Ueber die Abgabe von Laubstreu wird mitgeteilt, die Fortschreibung des Finanzministeriums sind eingehende Gesuche um Abgabe von Laubstreu an bedürftige Landwirte von Fall zu Fall eingehend zu prüfen und je nach Sachlage, somit auch in beiderseitiger Sinne vorzugehen. Eine generelle Freigabe der Waldungen kommt jedoch nicht in Frage.

Aus aller Welt

Schwarzjäger

In den Monaten Oktober bis Dezember 1931 sind in Deutschland wegen der Errichtung und des Betriebes nicht genehmigter Funkanlagen insgesamt 264 Personen rechtskräftig verurteilt worden, gegenüber 258 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zum Teil wurde auf empfindliche Geldstrafen erkannt — in einem Fall auf eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Von den Verurteilten wurden 6 Personen wegen Beihilfe oder Mittäterschaft bestraft.

300 000 Mark gezogen.

Berlin, 22. Febr. In der Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde vormittags das Los 71 275 mit 300 000 M. gezogen. Dieses Los wird in der ersten Abteilung in 100 000 in Silber und in der zweiten Abteilung ebenfalls in 100 000 in Gold geteilt.

Tagung des Reichsverbandes der Zahnärzte Deutschlands

Der Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands hielt am 12. und 13. Februar im Deutschen Zahnärztekongress in Berlin seine aus allen Teilen des Reiches befristete ordentliche Hauptversammlung ab.

Jugend-Veranstaltungen

Kreisconferenz der SAJ Mittelbadens

Für die Eisernen Front

Die Kreisconferenz des 5. Kreises der SAJ Badens fand am Sonntag, den 21. Februar, in Durlach statt. Mit einem Lied wurde die Konferenz eröffnet. Es folgten dann der Geschäftsbericht der Kreisleitung durch den Gen. Schrotz, ebenfalls die einzelnen Berichte der angegliederten Ortsvereine. Die einzelnen Berichte ließen erkennen, daß die Arbeiterjugend Mittelbadens auf ihrem Posten ist. Wir haben wohl unter der Wirtschaftskrise durch Arbeitslosigkeit vieler unserer Genossen finanziell zu leiden, aber weder dieses noch die letztjährige Parole des Kommunistischen Jugendverbandes „Liquidierung der SAJ“ konnten uns größeren Schaden zufügen. Vielmehr können wir erfreulicher Weise feststellen, daß wir uns immer im Vormarsch befinden. Wir konnten im letzten Jahr unsere Ortsgruppenzahl von 15 auf 19 erhöhen, welche nahezu 500 Mitglieder umfassen. Wir werden auch im kommenden Jahr neue Ortsgruppen ins Leben rufen. Die Spaltung in der Partei hat sich auch in einzelnen Gruppen ausgedehnt, konnten aber nirgends großes Unheil anrichten. Keine Diskussion und Ausrede über die Geschäftsberichte brachte alle Unzufriedenheiten ins rechte Licht. Als Mittelpunkt und auch Erfolge im letzten Jahr wäre zu erwähnen der Reichsjugendtag im August in Frankfurt, woran aus unserem Bezirk rund 130 Genossen und Genossinnen teilgenommen haben, ebenso der „Tag der Arbeit“ in Karlsruhe, woran sich der gesamte Unterbezirk beteiligte. Die Zusammenarbeit zwischen Partei und Jugend ist eine herrliche Sache.

Ueber den Jahresplan 1932 wäre folgendes zu sagen: Durch intensive Werbung eingeleitet wird die Arbeit durch folgende größere Veranstaltungen ergänzt und ausgebaut: ein Reichsjugendtag an Pfingsten voraussichtlich in Durlach durch Spielstage, Sonntagsschauen, Aufmärsche, Demonstrationen in Ettlingen, Forstheim, Maulbrunn, Baden-Baden usw. Ebenfalls werden Funktionärerschulungslaufe und Bildungsbesuche durchgeführt werden. Die Anträge werden einstimmig angenommen, u. a. auch ein Antrag, daß sich jede Ortsgruppe aktiv an der Eisernen Front beteilige, da dieselbe ja die Erziehungsschule der sozialistischen Arbeiterjugend und mithin der sozialistischen Jugend vertritt.

Unter Punkt Rewahl wurde Gen. Schrotz, Durlach, als 1. Kreisleiter, Gen. Jähringer, Karlsruhe, als 2. Kreisleiter gewählt. Ferner wurde angenommen, daß die Genossin Wagner vom Parteisekretariat die Kasse führt. Als Schriftführer fungiert Gen. Wollinger, Karlsruhe und als Vertreter wurden die Genossen Böcker, Weingarten und Schucker, Durlach, bestimmt. Nach einem Appell, die Sache der sozialistischen Arbeiterjugend und Jugend zu verteidigen und zu fördern durch intensive Arbeit innerhalb unserer Organisation, wurde die 4½stündige, von jugendlichem Kampfesmut getragene Konferenz mit dem Lied „Auf Sozialisten schließt die Reihen“ beendet.

Wochenprogramm der SAJ

Groß-Karlsruhe

Dienstag: Gruppe Ost: Um 20 Uhr Jugendheim Arbeitsgemeinschaft des Gen. Keller über das „Kommunistische Manifest“. Gruppe Ruppert: Lesabend im Rindergarten. Gruppe Karlsruher: Gruppenabend in der Halle. Mittwoch: SAJ: Um 20 Uhr Gruppenabend im Zimmer des J.H.M.-Gems. SAJ: Halle: Wir führen im Jugendheim einen Les- und Diskussionsabend durch. Donnerstag: Groß-Karlsruhe: Von 18.30 bis 19.30 Uhr Bibliothek im Volkshaus. Gruppe Ruppert: Um 20 Uhr im Rahmen der Fortbildung Gruppenabend: Thema: „Sozialismus und der Genosse“. Wir geben nicht ins Theater, weil ausverkauft. Freitag: Spielmannszug: Übung im Volkshaus, Trommler von 20 bis 22.45 Uhr. Pfeiler von 21.45 bis 21.30 Uhr. Samstag: Groß-Karlsruhe: Gymnastik.

Durlach

Dienstag, 22. Febr. Um 8 Uhr Werbeausstellung. Alle Auszubildenden haben pünktlich zu erscheinen. Mittwoch, 23. Febr. Wir treffen uns um 1/2 8 Uhr am Stadtpark zum Baden. Eintritt 20 Pf.

Donnerstag, 23. Febr. Körperübung. Es haben unbedingt alle Mitglieder zu erscheinen.

Freitag, 26. Febr. Trommeln und Pfeifen. Alle Spielleute haben pünktlich 7 Uhr in der Halle zu erscheinen.

Sonntag, 27. Febr. Wir geben zur Generalsammlung der SPD um 8 Uhr in der Halle.

Sonntag, 28. Febr. Wir sammeln mit der Arbeiterwohlfahrt für die städtische Winterhilfe. Alle Genossinnen und Genossen haben um 10 Uhr morgens im Heim zu sein.

Ettlingen

Freitag, 26. Februar: 20 Uhr: Sprechchorprobe.

Sonntag, 27. Februar: Teilnehmen wir uns reiflich bei der Kundgebung zur Eisernen Front. Treffpunkt 19 Uhr im Jugendheim.

Montag, 29. Februar: 20 Uhr: Vortrag.

Weingarten

Mittwoch, abends 8 Uhr zur „Linde“ Frauen- und Diskussionsabend. Jeder bringt eine Frage mit. Ueber Erbsenen ist erforderlich.

Gaggenau-Rotenfels

Dienstag, 23. Febr. Arbeitsgemeinschaft im „Kreuz“. Nationalsozialismus zum Gegenstandsbegriff.

Donnerstag: Auszubildung abends 8 Uhr im Jugendheim.

Freitag: Gymnastik in der Turnhalle. Anschließend Sprechchorprobe.

Bruchsal

Dienstag, 23. Febr. Funktionärstagung.

Donnerstag, 25. Febr. Tagesordnung: 1. Bericht über die Kreisconferenz, 2. Beschlußbescheid.

Wochenprogramm der Kinderfreunde

Karlsruhe

Gruppe Ost: Rote Falken und Jungfalken: Samstag 3-5 Uhr Turnhalle. Gruppe Süd: Rote Falken Mittwoch 6-8 Uhr und Samstag 6-8 Uhr Jugendheim. Jungfalken Samstag 3-5 Uhr Jugendheim. Gruppe West: Rote Falken Mittwoch 5-7 Uhr Gutenberghalle. Jungfalken Samstag fällt die Gruppenzusammenkunft aus. Gruppe Durlach: Rote Falken Samstag 4-6 Uhr Halle der SAJ. Jungfalken Mittwoch 1/2 8-1/2 8 Uhr Volkshaus. Gruppe Rindheim: Rote Falken und Jungfalken Mittwoch 5-8 Uhr Arbeiterwohlfahrt Volkshaus. Gruppe Ruppert: Rote Falken und Jungfalken Samstag 3-5 Uhr Rindergarten. Helfer: Übung Freitag abends 8 Uhr Ritterstraße 7. Zum Helfertag fahren wir am Samstag punkt 1/2 8 Uhr vom Hauptbahnhof ab nach Walsch.

Durlach

Rote Falken: Mittwoch, 24. Febr.: Zusammenkunft im Nest. Jungfalken: Mittwoch, 24. Febr., nachm. 3 Uhr, im Dorf Walsch. Rote Falken: Samstag, 27. Febr., nachm. 3 Uhr, im Dorf Walsch. Am Sonntag, 28. Febr., beteiligen wir uns an der Sammlung der Arbeiterwohlfahrt für die Winterhilfe.

Weingarten

Jungfalken: Unsere Zusammenkünfte finden von jetzt ab, alle 14 Tage um 3 Uhr bei Genossin Karolina Dörr, Höhenfeldstraße, statt. — Tagesordnung für Samstag, 27. Februar „Walsch“. Bringt alle Schere und Nähnäh mit.

Unterbezirksvorstand.

Der neugegründete Unterbezirksvorstand kommt zum erstenmal am kommenden Mittwoch abends 8 Uhr im Parteisekretariat zusammen. Tagesordnung: Bildungsprogramm für das laufende Jahr. Uebernahme der Geschäfte. Wir bitten um Pünktlichkeit.

Der rote Faden

Heute Dienstag abend findet im „Tannhäuser“ eine Musikprobe statt. Rechtsseitiges und pünktliches Erscheinen erwünscht. Am Donnerstag Sprechprobe mit Gen. Ruhnke im Nest. Am kommenden Sonntag gehen wir voraussichtlich wieder ins Schifahren. Anmeldungen sofort an Ludwig Deber. Kabrigel etwas mehr als das letztmal, dafür haben wir auch Volkshaus. Voranzeige: Wir spielen am 6. März, vormittags halb 11 Uhr, im Schuppielhaus in Forstheim.

Raus aus, laß dich nicht könnchen, das

runde BURGER

12 Pfg. 10 Pfg. 3/4 Mündern Habana-Qualität

